

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 1. August 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Was uns noch gefehlt hat!

Ergebnisse von Paris und London. — Stahlhelm und Kommunisten in gleicher Front für den Volksentscheid. — Gewerkschaften fordern striktesten Zusammenhalt aller Mitglieder

Die Vorgänge in der deutschen Außenpolitik sind gegenwärtig so wichtig, daß jedes unserer Mitglieder sich unbedingt ein klares Bild machen sollte über die Auswirkungen der Finanzkrise einerseits sowie andererseits der Versuche, der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden. Als die Regierung Brüning nach Paris reiste, fühlte sie sich gewissermaßen gebunden. Es sollte keine politische Verhandlung vor sich gehen, sondern man erwartete, daß Frankreich aus der Milliardenfülle seiner Goldbestände heraus Deutschland auch ohne solche politischen Zusagen mit einer 2 Milliarden-Anleihe helfen werde. Nach Ausführungen der bürgerlichen Presse war diese Summe sozusagen schon festgelegt unter Führung Frankreichs nebst Mitbeteiligung von England und Amerika. Aber es kam anders. So erfreulich auch die taktvolle Behandlung der ganzen Frage von beiden Seiten war. Frankreich verlangt politische Sicherungen und stellte bestimmte Forderungen, wie wir das bereits in voriger Nummer andeuteten. Deutschland aber hielt durch die rechtsgerichtete Brüning-Regierung den Prestige-Standpunkt fest: Ueber politische Forderungen darf nicht geredet werden! Und so ging die Pariser Zusammenkunft friedlich und scheidlich auseinander. Das Mißtrauen der Franzosen wurde nicht beseitigt von der Brüning-Regierung. Stahlhelm-Paraden und Panzerkreuzer-Bau sollen weiter fortgeführt werden, bis wir wahrscheinlich zum wirklichen Wirtschaftszusammenbruch kommen! Wir sprechen es offen aus: Mit dieser Art Politik ist den Interessen der Millionen Arbeitnehmer nicht gedient!

Dazwischen hinein platzte der amerikanische Vorschlag Hoovers, der folgendermaßen aussieht:

1. Verlängerung des 20 Millionen Pfund (400 Millionen Mark) Rediskontkredits der Reichsbank auf weitere drei Monate.

2. Die amerikanischen, englischen und französischen Regierungen legen ihren Zentralbanken nahe, alles zu tun, damit weitere Abzüge kurzfristiger Kredite aus Deutschland aufhören.

3. Es wird ein Finanzausschuß gebildet von Unparteiischen, um zu einem späteren Zeitpunkt in Deutschland zu untersuchen, ob die Möglichkeit der Gewährung weiterer kurzfristiger Kredite gegeben ist. Ebenso soll die Frage von ihm geprüft werden, ob kurzfristige Kredite in langfristige umgewandelt werden können.

Diese Vorschläge Hoovers sind auch gleichzeitig ungefähr das Resultat von London.

So stehen wir eigentlich wieder am Anfang der Frage! Es ist richtig, wenn in der „Dossischen Zeitung“ festgestellt wird, daß wir „vollständige politische Freiheit“ behalten haben. Wir können mit Oesterreich die geplante Zollunion weiter anstreben, die Panzerkreuzer bauen, Stahlhelm-Paraden abhalten und Diskussionen darüber pflegen, daß „die Grenzen im Osten nicht bleiben können“; nationalistische Kundgebungen der verrücktesten Art können weiter fortgeführt werden, ohne daß wir oder andere Staaten Einspruch erheben. Also kein Ost-Locarno und — keinerlei wesentliche Erleichterungen des deutschen Wirtschafts- und Finanzlebens. Es muß sich nun in den nächsten Tagen zeigen, ob wir wirklich ohne unmittelbare finanzielle Hilfe unsere Wirtschaft aufrecht erhalten können. Jedenfalls sehen die Dinge gegenwärtig außerordentlich ernst aus.

Und nun der zweite Akt in London. Nach der Resultatlosigkeit der Pariser Höflichkeitkonferenz versuchte die bürgerliche rechtsgerichtete Presse zunächst Stimmung zu machen mit dem Gedanken: „Deutschland kann sich selber helfen!“ Hugenberg und die Stahlhelmer Selbte und Duesterberg sandten bekanntlich sogar ein Telegramm mit ähnlicher Formulierung an die amerikanisch-englischen Vertreter, und es ist bezeichnend, daß die Brüning-Regierung bis zum heutigen Tage von diesem Telegramm nicht offiziell abgerückt ist — wenngleich sie das natürlich sicher in der Praxis getan hat. — Trotz der mehrtägigen Verhandlungen in London ist auch diese Konferenz, finanztechnisch gesehen, wie das „Hornberger Schießen“ ausgelaufen. Denn das Resultat beschränkt sich auf die sogenannte „Stillhaltepolitik“, d. h. es sollen weitere englisch-amerikanische Kredite nicht zurückgezogen werden. Dabei ist nicht einmal sicher, ob die Gläubiger Deutschlands mit ihren kurzfristigen Akzepten dieser Parole ohne weiteres folgen werden.

Vor bald zwei Jahren setzte die unglückselige Dr. Schacht-Politik ein mit der gewaltsamen Abdröselung der langfristigen Kredite für die Kommunen. Die damit verbundene Begünstigung der deutschen Banken, die nun zu Wucherzinsen (12 bis 14 Proz.) den Kommunen ausländisches Geld, das sie zu 7 Proz. geliehen hatten, weiter gaben, mußte notwendigerweise zur Finanzkatastrophe nicht nur der öffentlichen Wirtschaft, sondern in ihrer Auswirkung auch zu gewaltigen Schwierigkeiten für die Privatwirtschaft führen.

Als dann am 14. September 1930 die rechts- und linksradikale Bewegung durch die Reichstagswahl gewaltig erstarkte, verließ das ausländische Kapital fluchtartig Deutschland. Daß die bürgerlichen Parteien in ihrer politischen Verranntheit, insbesondere auch die Deutsche Volkspartei, sich zum Teil selber schweren wirtschaftlichen und finanziellen Schäden zufügten, dürfte ihnen jetzt nach dem Zusammenbruch großer Konzerne und großer Banken nachgerade auch klar geworden sein. Und das hysterische Geschrei der „D. A. 3.“, (die von den Schwer-

industriellen ausgehaltene „Deutsche Allgemeine Zeitung“), daß die Finanzkatastrophe eine politische Umwälzungsgefahr bedeute, schreckt Frankreich beileibe nicht so wie jene Leute glaubten. So ist es verständlich, daß es nur zu einem „ausländischen Stillhaltekonföderation“ langte, weil in der politischen Arena Deutschlands alles ein wenig stark drunter und drüber geht.

Und damit kommen wir zu der inneren Politik. Man müßte einen grimmigen Humor entwickeln können, um die Vorgänge so zu schildern wie sie sind. Wiederholt haben wir die merkwürdige Waffengemeinschaft zwischen „Rot-Front“ und „heil Hitler“ feststellen müssen. Vielleicht hat mancher naive Kollege geglaubt, es sei „Partei-Politik“, die uns zu solchem Urteil Anlaß gibt. Ach nein! Wenn es für den politisch weniger interessierten Kollegen noch eines Beweises bedurfte, so können jetzt jedem die Augen geöffnet werden durch die Erklärung der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtags und des Preussischen Staatsrats, die als Ultimatum an die Preussische Regierung unter dem 21. Juli 1931 gestellt worden ist, andernfalls Teilnahme der KPD. am Stahlhelm - Volksentscheid für Auflösung des Preussischen Landtages. Das Ultimatum lautet:

„1. Herstellung der vollen Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterschaft, Außerkräftsetzung der diese elementaren Freiheiten der Arbeiterklasse einschränkenden Verbote, Notverordnungen und Zwangsmaßnahmen in Preußen.

2. Sofortige Zurücknahme aller Abbaumaßnahmen gegen alle Unterstützungsempfänger, insbesondere die Erwerbslosen sowie Zurücknahme des Gehaltsabbaus für die unteren Beamten.

3. Sicherung der vollen und sofortigen Auszahlung aller kleineren Guthaben bei allen preussischen Sparkassen.

4. Sofortige Aufhebung des von der preussischen Staatsregierung erlassenen Verbots des Roten Frontkämpferbundes als Kampforganisation gegen Nationalsozialisten und Stahlhelmer.“

Dabei wissen die kommunistischen Drahtzieher dieses Ultimatus ganz genau, daß die ersten drei Forderungen überhaupt nicht zur Kompetenz der Preussischen Regierung gehören, sondern durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung erlassen worden sind und nur durch diese oder durch den Reichstag aufgehoben werden können. Zu der vierten Forderung hat sich Severing folgenbermaßen geäußert: „Die preussische Staatsregierung lehnt es ab, Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zum Gegenstand eines politischen Tauschhandels zu machen.“

Und wenn die „Rote Fahne“ in einer Erläuterung behauptet: „Preußen ist nicht das kleinste Uebel, sondern im Gegenteil der Hort der finstersten Reaktion in Deutschland“, so muß jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte sich klar machen, daß hier eine Demagogie getrieben wird, die kaum noch zu überbieten ist. Noch vor wenigen Monaten hat die „Rote Fahne“ wie überhaupt die gesamte KPD. scharf gegen den Volksentscheid Stellung genommen! Wenn jetzt Hugenberg, Hitler und Thälmann Arm in Arm gegen das preussische Parlament anrennen, so erscheint es uns doch nicht glaubhaft, daß alle Arbeitnehmer, die bisher KPD. wählten, diese entgegengesetzte Parole mitmachen werden. Die Nazis haben zwar schon immer mit den „roten Brüdern“ als politische Hilfstruppen gerechnet, trotz ihrer Waffengänge gegeneinander. Erst wollen sie gemeinsam das Chaos, und dann gedenkt jeder, über den andern herzufallen. Wir sind der Meinung, daß Deutschland keinen Bürgerkrieg bekommen darf!

Die deutschen Gewerkschaften und der IGB. haben sowohl zu der Weltwirtschaftskrise als auch zur deutschen Finanzkrise scharf Stellung genommen und die Schuld der privaten Wirtschaftsführer festgestellt. Sie fordern von der Regierung, daß sie stärker als bisher die Kontrolle über die Privatwirtschaft und das private Bank- und Aktienwesen, insonderheit aber über die Kartelle und Truste durchführt.

Von unseren Kollegen aber fordern wir, daß sie sich nicht einsagen lassen von Schlagworten und Parolen, die das deutsche Volk ins Verderben stürzen müssen. Es ist schon schlimm genug, daß wir einen unmöglichen Reichstag haben und nicht zuletzt deswegen an den Rand des Abgrundes gekommen sind. Soll die Situation durch ein rechtsgerichtetes Preußen noch schlimmer werden? Wir glauben, es ist hohe Zeit, daß der gesamten Katastrophenbrut, die jetzt Arm in Arm marschiert, der Weg gewiesen werden muß. Wir lehnen sowohl den Krieg nach außen als auch den Bürgerkrieg ab und müssen die politischen Scharlatane, die den Arbeitern heute eine Parole geben, die noch vor wenigen Wochen entgegengesetzt lautete, energisch zurückweisen. Wir fordern von allen unseren Funktionären und Gewerkschaftskollegen:

Klärt die Massen auf über die unmögliche Haltung der KPD! Sorgt dafür, daß jeder Gewerkschaftskollege in dieser Zeit zu seiner Organisation steht! E. D.

Internationaler Gewerkschaftsbund zur Deutschen Krise

Die Anarchie des jetzigen Produktionssystems und die Fährlichkeit der Wirtschaftsführung im heutigen Kapitalismus haben noch nie zu einer so ersten Krise geführt. Der hemmungslose Kapitalismus, der dem Profitstreben der monopolistischen Wirtschaft und der Herrschaft der Spekulanten freien Lauf läßt, hat in Deutschland zu einer finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe geführt, die in sich die erste Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs aller Kulturvölker birgt. Besonders diese neuesten Ereignisse haben das völlige Versagen des kapitalistischen Systems aufgedeckt und mit aller Deutlichkeit die Richtigkeit der seit zehn Jahren vom IGB. vertretenen Forderungen erwiesen. Es ist äußerst erfreulich, feststellen zu können, daß die seit jeher von der Arbeiterklasse verteidigten Prinzipien der internationalen Solidarität und der gegenseitigen Annäherung der Völker unter der Gewalt der Geschicke unwiderstehlich die öffentliche Meinung für sich gewinnen. Eine der dringlichsten Aufgaben der Arbeiterorganisationen aller Länder ist es, diese der Politik der Arbeiterklasse günstigen Umstände auszunutzen und die Anstrengungen für die Durchführung ihrer Forderungen zu verdoppeln. Im Augenblick stehen die Maßnahmen zur Rettung der deutschen und damit der europäischen Wirtschaft an erster Stelle. Die Initiative des Präsidenten Hoover war ein entscheidender Schritt in der Richtung der politischen Befriedung und der wirtschaftlichen Ankerbelung. Der Durchführung dieser Maßnahmen, die in erster Linie finanziellen Charakter haben, stehen jedoch große politische Schwierigkeiten entgegen. Die Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs, Englands und der

übrigen Länder vermag durch das Beispiel ihrer unerschütterlichen Solidarität in heilsamer und entscheidender Weise das zurzeit in London unternommene Werk zu beeinflussen. Damit dürfen aber die Bestrebungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Sicherung des Weltfriedens noch keineswegs beendet sein. Wenn die Opfer nicht vergebens sein sollen, so müssen die schädlichen Kräfte des individualistischen Kapitalismus beseitigt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist Kreditbeschaffung für die kapitalarmen Länder mit dem Ziel, durch ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm den rund 25 Millionen Erwerbslosen Arbeit und Verdienst zu geben. Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Aktion ist die Kontrolle des Kreditwesens in allen Ländern durch den Staat unter Mitwirkung der Arbeiterklasse und eine Lohnpolitik, die die Kaufkraft der Massen wieder in Einklang bringt mit der gestiegenen Produktivität der menschlichen Arbeit.

So wie es die erste Aufgabe der dem IGB. angeschlossenen Organisationen ist, allen Einfluß aufzubieten, um die im Gange befindlichen Unterhandlungen zu einem guten Ende zu bringen, um die jetzt besonders kritische finanzielle und politische Lage zu bessern, so ist es auch ihre gebieterische Pflicht, durch eine kraftvolle und entschlossene Aktion die internationale Verbundenheit der Völker, den Weltfrieden und die Schaffung einer auf Vertrauen und Gerechtigkeit aufgebauten rationelleren Wirtschaft herbeizuführen, wie sie in den Richtlinien der berufenen Organisationen der Arbeiterklasse festgelegt wurde.

Sorgen um Geld und Kredit

Die Lage für Deutschland bleibt ernst. Mit der Londoner Zwischenlösung gemäß dem Hoover-Plan ist zwar die brennendste Gefahr, die aus erneuten Kreditabziehungen des Auslandes entstanden wäre, beseitigt. Aber der Druck der Währungs- und Kreditwierigkeiten, der nun schon seit Wochen auf uns lastet, wird vorläufig in fast ungeminderter Stärke fortbestehen. Das wirtschaftliche — und damit aber auch zugleich das politische — Schicksal Deutschlands bleibt nach wie vor in der Schwebe, und es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, wenn man ein Unheil verhüten will. — Wie liegen augenblicklich die Dinge?

Kreditkrisis. Am 11. Mai wurde die kapitalistische Welt durch die Nachricht erschreckt, daß das größte Bankinstitut Deutschlands, die Oesterreichische Creditanstalt, bankrott sei. Seitdem begann man im Ausland die Sicherheit auch der nach Deutschland geliehenen Kapitalien zu beargwöhnen. Insbesondere munkelte man, daß der Status einer der deutschen Großbanken, der Darmstädter und Nationalbank, ein Bedenklicher sei. Die Folge dieses Argwohns und dieser Gerüchte war, daß das Ausland von Anfang Juni an in steigendem Maße kurzfristig nach Deutschland gegebene Kredite kündigte. Da brach Anfang Juli die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen, die unter dem Protektorat der Danatbank stand, zusammen. Nun war das Vertrauen zur Kreditwürdigkeit Deutschlands völlig zu Ende. Das Tempo der Kapitalabwanderung ins Ausland überschlug sich. Am 11. Juli befanden sich Reichsbank und Privatbanken am Rande ihrer Kräfte. Die Reichsbank mußte feststellen, daß sie in den kurzen sechs Wochen seit Anfang Juni die riesige Summe von 1,7 Milliarden Mark Gold und Devisen verloren hatte. Ebensoviel sollen, wie behauptet wird, die Privatbanken aus ihren eigenen Beständen abgegeben haben. Weder die Reichsbank noch die Privatbanken waren daher mehr in der Lage, der Danatbank zu helfen, gegen die verständlicherweise der Ansturm der in- und ausländischen Gläubiger, die ihre Einlagen zurückverlangten, am stärksten brandete. Zahlungsunfähig mußte denn die Darmstädter und Nationalbank am 13. Juli ihre Schalter schließen. Das war — trotz der beruhigenden Erklärung der Regierung, das Reich würde in vollem Umfange für die Einlagen bei der Danatbank — das Signal zu einem allgemeinen Run auf die Banken und Sparkassen. So verordnete denn die Reichsregierung vom 14. Juli ab eine Reihe unbeschränkter und beschränkter „Bankfeiertage“. Damit wurde der Zahlungsverkehr mehr oder minder lahmgelegt, aber auch eine weitere Kapitalflucht des In- und Auslandes unterbunden.

Währungsnot. Die Situation ist jedoch nur dann ganz zu begreifen, wenn man sich klarmacht, welche verhängnisvollen Rückwirkungen die Kreditkrisis auf die Währung ausübt. Dazu muß man sich daran erinnern, daß der Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank ja auch zur Deckung der Notenausgabe dient, die normalerweise auf Grund des — 1924 unter Mitwirkung der Dawes-Sachverständigen zustande gekommenen — Reichsbankgesetzes, das allerdings unter bestimmten harten Bedingungen auch Ausnahmen zuläßt, 40 Proz. beträgt. Will die Reichsbank ihre Aufgabe erfüllen, die deutsche Wirtschaft stets in ausreichender Weise mit Zahlungsmitteln zu versorgen, so benötigt sie also ein gewisses Minimum von Gold und Devisen. Ende Juni befand sich die Reichsbank infolge der dauernden Kapitalabzüge aus Deutschland zum erstenmal in der Lage, daß ihr Gold- und Devisenbestand nicht mehr zur Deckung des Notenumlaufs genügte. Ein 420-Millionen-Kredit der internationalen Notenbanken half ihr am 25. Juni über die Schwierigkeiten hinweg. Aber am 7. Juli, als die anhaltenden Kreditkündigungen den Devisenbestand von neuem auf 1,5 Milliarden Mark reduziert hatten, war die Situation schon wieder die gleiche. Eiligst bemühte sich Reichsbankpräsident Luther auf der Grundlage einer 500-Millionen-Mark-Garantie der deutschen Großunternehmungen um neue Auslandshilfe. Aber mit leeren Händen kehrte er von seiner Reise nach London, Paris und Basel heim. Er hatte feststellen müssen,

daß die Erlangung weiterer internationaler Unterstützung keine Frage von Finanzoperationen mehr sei, sondern eine Frage der Außenpolitik. So bediente sich die Reichsbank, um bei Lage der Dinge wenigstens die Lohn- und Unterstützungszahlungen am Medio zu ermöglichen, jenes Aushilfsmittels, das auch das Reichsbankgesetz vorsieht und das mit Inflation nichts zu tun hat: sie unterschritt am 15. Juli, während sie gleichzeitig vorschriftsmäßig ihren Diskontsatz von 7 auf 10 Proz. erhöhte und die schärfsten Kreditbeschränkungen durchführte, die 40prozentige Deckungsgrenze (der Notenumlauf betrug trotz der beträchtlichen Mediobeanspruchung und der erheblichen Notenhäuferei nur 4,2 Milliarden Mark bei einer Deckung von 35,8 Proz.).

Wirtschaftliche Gefahren. Die Reichsbank hat nun heute einmal die Aufgabe, eine weitere Verringerung ihres Gold- und Devisenbestandes zu verhindern und seine Wiederauffüllung in die Wege zu leiten. Nur dann ist ja eine geregelte Versorgung unserer Wirtschaft mit Zahlungsmitteln und ein normaler Waren- und Geldverkehr möglich. Sie hat weiter die Aufgabe — um die Herrschaft über die Währung nicht zu verlieren — die Notenausgabe aufs äußerste zu verknappen und die gehämsterten Noten und Devisen aus ihren Verstecken herauszulocken. Sie ist daher gezwungen, ihre Kreditgewährung — und damit die Kreditgewährung der Banken überhaupt — rücksichtslos zu beschränken und zu verfeuern. Das aber hat die unweigerliche Folge von Betriebseinschränkungen, Betriebsstilllegungen und Unternehmungs zusammenbrüchen. Dabei werden Arbeiterentlassungen nicht zu vermeiden sein, so daß wir mit vermehrter Arbeitslosigkeit, vermehrter sozialer

Werben! Werben!

Heraus aus dem Verderben!
Wo bleibt der zweite Mann?
Mit neuer Wucht greift an,
Genossen!

Jetzt, wo ein Licht in die Finsternis fällt,
Jetzt, wo ein Strahl durch die Notnacht schnellt —
Jetzt gilt's, den reaktionären Spuk zu beenden!
Jetzt schlägt den Volkseindes das Heft aus den
Wir wollen Frieden, Arbeit und Brot! [Händen].
Sie bringen Chaos, Unterdrückung und Not!
Tragt die Erkenntnis ins Volk hinein!
Baut der Verhegung den Totenschrein!
Fürchtet den Haß und die Niedertracht nicht,
Stellt Kühn die Wahrheit ins hellste Licht!
Sollt alle Kräfte zum Aufstieg heran!
Genossen! Mit neuer Wucht greift an!
Heraus aus dem Verderben!
Werben! Werben!

Tuff, ein Wicker.

Not, vermehrter politischer Erregung rechnen müssen. Und in genau der gleichen Weise wirkt die in- und ausländische Kapitalflucht der letzten Wochen, die auf rund 4 Milliarden Mark geschätzt wird. Man überlege sich nur einmal, daß dieser Kapitalverlust der Volkswirtschaft, wenn man die durchschnittliche Kapitalausrüstung der Arbeitsstelle eines deutschen Arbeiters mit 5000 Mk. ansetzt, nochmals 800 000 Menschen aus dem Produktionsprozeß ausschalten muß! Die Reparationsentlastung wird gewiß manches mildern. Aber alles in allem genommen, sind die Aussichten nicht rosig. Es ist mit Nachdruck zu fordern, daß die Reichsregierung alles daransetzt, um noch größeren Kapitalabzügen — mögen sie nun Kapitalisten durch Kapitalversicherung ins Ausland oder Sparer durch Notenhäuferei verursachen — unerschütterlich einen Riegel vorzuschieben. Nur dann ist Gewähr dafür gegeben, daß die Entwicklung nicht in einer Katastrophe endet.

Gebot der Stunde. Aber diese Erkenntnisse zeigen auch eindeutig, was in den nächsten Wochen not tut. Wir müssen von der deutschen Außenpolitik fordern, daß sie alle, aber auch alle Anstrengungen macht, um zu einem Akkord mit Frankreich und zur Aufnahme einer langfristigen Anleihe zu gelangen. Die Großtuererei unserer Nationalisten, Deutschland sei fähig, sich selbst zu helfen, ist nichts wie leeres Geschwätz. Es mag uns vielleicht gelingen, den bisherigen Stand der Wirtschaft bis zum Herbst aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten. Dann aber bedarf es einer finanziellen Bluttransfusion, wollen wir die deutsche Wirtschaft nicht zugrunde gehen lassen. Und weiter ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die schwierige Situation des Augenblicks Ruhe, Besonnenheit und Nervenstärke verlangt. Das wird den Staat zu unnachsichtlicher Strenge gegen alle diejenigen radikalen Elemente zwingen, die wahnsinnig oder verbrecherisch genug sind, durch politische Aktionen das Chaos herbeiführen zu wollen. Würde es dem Wüten der Nationalsozialisten und Kommunisten gelingen, die Tragfäulen des deutschen Wirtschafts- und Staatsgebäudes zu zertrümmern, so würde das Deutsche Reich, das deutsche Volk, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung unter den stürzenden Gesteinsmassen begraben werden. Dann aber gäbe es keinen Weg mehr zur Freiheit, zum Aufstieg, zum Sozialismus.

Fr. Hertneck.

Gedanken zum 1. August

Am 1. August 1914, als die Mobilmachung begann, ist das deutsche Volk in den fürchterlichen Weltkrieg hineingeschlittert, in dem wir uns dann bis zum Herbst 1918 zu Tode gesiegt haben. — Mehr denn je verlohnt es sich heute, an diese Zeit zu erinnern, da die Minister der ehemals kriegführenden Länder in London friedlich beisammen sitzen und sich gegenseitig versichern, daß ihr eifrigstes Bestreben auf Völkerfrieden und Völkerverständigung beruhe. Dabei ist der Untergrund dieser Londoner Zusammenkunft eine wirtschaftliche oder finanzielle Hilfsaktion für Deutschland und damit auch für Europa . . .

Es wächst ein neues Geschlecht heran, das den Krieg in seinen Schrecklichkeiten nicht kennengelernt hat. Die mehr von den nationalistischen Gruppen der Stahlhelmer und Naziformationen wieder „Krieg“ gespielt gerade mit dieser jungen Generation, und die verantwortungslosen Führer dieses nationalistischen Kummels möchten am liebsten diese Kriegsspielerei einmal zum blutigen Ernst werden lassen.

War es eine große Zeit damals im August 1914? Ach nein! Der Lehrer Lamszus hat in seiner Schilderung vom „Menschenschlachthaus“ eine Darstellung gegeben, die unvergänglich bleibt und heute noch durchaus zutreffend ist. Auch die junge Generation sollte sich zum Bewußtsein bringen, was es bedeutet, wenn in Deutschland 1,8 Millionen Männer gefallen sind, darunter 40 Proz., also mehr denn 680 000 Menschen zwischen dem 19. und 24. Lebensjahr. Fast 10 Millionen Menschen fielen dem Kriege zum Opfer, von dem Mossterben der Gesamtbevölkerung in den verschiedenen Ländern gar nicht zu reden. Heute noch haben wir eine Verrohung der Sitten im politischen Kampf und viele andere Dinge, die nur verständlich werden, indem man sich zum Bewußtsein bringt: Ihre Wurzeln kommen aus der Kriegszeit heraus.

Und wir haben auch jetzt schon wieder „Gefahrenzonen“! Der französisch-italienische Gegensatz um die Herrschaft im Mittelmeer und auf dem Balkan, die unhaltbare Ostgrenze Europas und Deutschlands im besonderen, vor allen Dingen das unheimliche Wettrennen! Allein in Europa gibt es jetzt

eine Million mehr Soldaten als vor dem Kriege!

Wobei man noch bedenken muß, daß Deutschlands Zwangsabrüstung von 750 000 auf 100 000 Mann durch den Versailler Friedensvertrag bestimmt worden ist. Von der fürchterlichen Kriegsmaschinerie unserer Zeit wie Bombenflugzeuge, Riesentanks, Kriegsgeschwader schon gar nicht zu reden.

Gewiß besteht ein Abrüstungswille, besonders in Amerika und England; in Frankreich ist die Sorge um die Sicherheit des Landes groß, weil man dem nationalistischen Geschwätz der Stahlhelmer, Nazis, aber auch der Kommunisten mit ihrer Bündnisidee mit Sowjetrußland zum Teil Glauben schenkt. Natürlich hat auch der unglückselige Panzerkreuzerbau dabei eine Rolle gespielt. Für die gesamte Marine werden jährlich allein 15 Milliarden Mark ausgegeben, davon in Europa 9 Milliarden. Und auch Rußland steht keineswegs in dieser Beziehung zurück, sondern neben einer unheimlichen Aufrüstung treibt es auch ohne Zweifel — wenn auch unter anderem Namen — systematisch Kriegspropaganda oder jedenfalls militärischen Begeisterungsrummel. So ist es vornehmlich die deutsche Arbeiterklasse, die sich die Aufgabe stellen muß, die Verhinderung eines neuen Weltkrieges konsequent durchzusetzen. Dabei brauchen wir nicht einmal das Gespenst dieses neuen Weltkrieges an die Wand zu malen. Der Maschinenkrieg der Zukunft muß fürchterlich sein, wie auch der Reichstagsabgeordnete Künstler in seiner kleinen Broschüre „Die Toten mahnen!“ an Hand einzelner Ziffern, insbesondere des Wehrsystems Rußlands nachweist.

Die deutsche Arbeiterschaft hat sich mit Recht scharf gegen den Bau von Panzerkreuzern gewandt, und wenn ihre Vertreter im Reichstag bei einer Abstimmung für die erste Rate zum Bau des Panzerkreuzers B sich der Stimme enthielten, so nur deshalb, um damit zu verhindern, daß die Nazis zur Regierungspartei wurden. Der fürchterliche Ingrim der Nazihorden und des „Völkischen Beobachters“ über diese Vorgänge beweist klar, daß diese Taktik damals die richtige war.

Es ist bezeichnend, was wir kürzlich bei einer Filmdarbietung der „Liga für Menschenrechte“ erleben mußten. Es wurde der amerikanisch-deutsche Kriegsfilm gegeben „Im Westen nichts Neues“, dessen Tendenzen und grausige Wiedergabe des Krieges jeder jeden empfindenden Menschen bis ins Innerste packen und

ihn zum absoluten Kriegsgegner machen müßten. Aber das ist nun gegen die russische Aufrüstungspolitik, und darum erklärte eine Vertreterin der KPD in einer Einleitung, daß dieser Film von Remarque durchaus „ungenügend“ sei und unbedingt der Ergänzung bedürfe, was durch einen zweiten Film am Schluß geschehen werde, der besonders beachtet werden müsse.

Was bot nun dieser Film? Es war eigentlich eine mehr oder minder offenkundige Propaganda für den Nationalismus aller Länder und Völker. In einer Filmwochenschau verschiedener Länder wurden Militär- und Marineparaden gezeigt, ferner französische Manöver und zu guter Letzt die „Herrlichkeit“ des Sowjetheeres in einer Rieseparade in Moskau!

Wohl empfand ein erheblicher Teil der Anwesenden diese indirekte Kriegspropaganda als einen Schlag ins Gesicht, aber ein anderer Teil wiederum, fanatisiert durch die übliche Parteiparole, klatschte begeistert Beifall. Wir sind also glücklich wieder so weit, daß Militärmusik und Paradeaufzüge — ob das nun von Amerika, Frankreich oder Rußland ist — die Volksseele in Schwingungen versetzen. Diese künstliche indirekte Kriegspropaganda muß von der Arbeiterschaft energig abgelehnt werden, und der 1. August ist wahrlich geeignet, uns zum Bewußtsein zu bringen: „Nie wieder Krieg!“

* * *

Lange Zeit haben sich Nationalisten und Kommunisten die Bälle zugespielt, ihre Redner in den Versammlungen ausgetauscht; manchmal fand auch ein Wechsel der Führer untereinander statt, wie noch in jüngster Zeit der bekannte Scheringer. Jetzt sind sogar 13 ehemalige Offiziere und Führer nationalsozialistischer Verbände zu den Kommunisten übergetreten, weil sie in deren Reihen ebensogut Krieg spielen können! Es sind darunter Leute, die an offenkundigster Bekanntheit zur vielschichtigen Roheit nichts zu wünschen übrig lassen, wie jüngst der „Vorwärts“ nachwies. Natürlich gibt es dann auch wieder Kommunistenhäuptlinge, die zu den Nazis überwechseln.

Auf der anderen Seite gehen sich gerade diese kriegslüsterne Gruppen der Links- und Rechtsboischiwisten recht häufig gegenseitig zu Leibe mit Stuhlbeinen oder auch wirklichen Kriegswaffen. Wir sehen hier, daß die Methoden der links- und rechtsradikalen Parteien nicht nur verdammt ähnlich sind, sondern daß sie auch bereits eine Art Bürgerkrieg heraufbeschworen haben, der dem deutschen Volk sehr viel Geld kostet! Denn die Vertrauenskrise, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht hat, datiert seit dem 14. September 1930 mit dem Auftrieb der nationalsozialistischen Welle und den damit verbundenen gegenseitigen politischen Schlägereien der Links- und Rechtsradikalen, die für das ausländische Kapital eine relative Unsicherheit seiner Geldanlage in Deutschland mit sich brachte. Während der Zinsfuß aller anderen Länder gefallen ist bis zu 2, höchstens 3 Proz., mußten wir für kurzfristige Anleihen 7 bis 10 Proz., manchmal sogar bis zu 15 Proz. an Zinsen zahlen, weil niemand sich seines Geldes sicher glaubte im Bürgerkrieg führenden Deutschland. Gewiß werden die Notverordnungen uns nicht von diesem Alp ohne weiteres befreien können, und sie sind obendrein in ihrer Auswirkung fürchterlich für die breite Masse des Volkes. Wenn wir aber die Dinge ganz genau bei Licht besehen, so kann man ohne Zweifel neben der Spekulationswut der besitzenden Kreise und der hemmungslosen Profitgier der privaten Wirtschaftsführer einen erheblichen Teil der Schuld finden in diesem Bürgerkrieg zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten. So möchten wir den Erinnerungstag an den Weltkrieg nicht vorübergehen lassen ohne die Mahnung, sich weder von links noch von rechts beirren zu lassen. Haltet die Augen offen, so werdet ihr finden, daß im Treiben der Nationalsozialisten und Kommunisten sehr viel Gesinnungsverwandtes ist! Gesinnungsverwandt auch bezüglich eines neuen Krieges; denn sowohl die Sowjetanhänger als auch die Nationalisten schielen dauernd mit einem Auge nach Rußland, um so die „Tributlasten“ eines Tages abwerfen zu können durch einen frisch-fröhlichen Krieg mit Frankreich.

Wir aber sind der Meinung, daß eine Völkerverständigung unbedingt notwendig ist. Wir sind Gegner jeden Krieges nach außen, wir sind erst recht Gegner des Bürgerkrieges! — Der 1. August bringt uns in Erinnerung:

„Gewerkschaften und Sozialdemokratie wollen den Frieden!“

Edi.

Der weiße Kuli

III.

Apropos — die Ehrenbezeugung bei Begräbnissen. Gewiß erscheint es, als würden dem Toten diese Ehren bezeugt. Man halte aber auseinander: „der Tote“ und „der Tod“. — Der Tote ist in diesem Falle zu Lebzeiten nichts anderes als im Tode: Proletarier, und findet als Proletarier genau dieselbe negative Beachtung seitens der Besitzenden — ob toter oder lebender Mann. Dieser Tote ist aber nicht allein der Proletarier Soundso, sondern er ist, wie er da liegt, das Symbol des Todes — des Todes, vor dem alle zittern, die etwas zu verlieren haben — Menschen oder Geld. (Für den Proletarier ist die Sache schon wurstiger, da er außer seinem Leben nichts zu verlieren hat — und das Leben eines Armen ist bekanntlich keinen Pappenstiel wert.)

Und nun wollen wir kurz dem „weißen Kuli“ das Wort geben zu einem Poem, das den Tod auf See zum Inhalt hat, nur erscheint der Tod hier in einer anderen Situation als die eben beschriebene:

Der Tod zur See.

Es schwebt wohl über der Wasserfläche
Ein dunkler Schatten heran.
Ein Nachen ist's — und mit erhobener Hippe
Steht drinnen ein Mann —

Eine Knochengestalt —
Klappernd Gebein —
Bleckende Zähne —
Er ist's! — Freund Hein. —

Neugierig scheint der Mond über die Wolkenwand —
Drohend hebt jener die Knochenhand —
Erschreckt verschwindet das Mondsgesicht —
Es liebt die Spukgestalten nicht.
Stolz drängt das Schiff sich durch die Wogen,
Schwere Wolken über den Himmel zogen.
Sie zogen heran und sie zogen fort —
Der Knochenmann schwang sich an Bord!
Ein Fest ist dort auf dem Oberdeck.
Musik sie singt und Lachen klingt von lebensfreudigen
Menschen —

Und in dieser tanzenden Menge Mitte
Da drängt mit unhörbarem Schritte
Er sich — der Tod —

Legt lächelnd die eiskalte Hand
Auf irgendein festlich Gewand —
Schreiend greift dort sich ein Mensch zum Herzen —
Im Hintergrunde verlöschen die Kerzen. —

Aus ist das Lied —
Die Freude ist fort —
Und dort — an dem äußeren Bordstrand —
Huscht vorüber die Knochenhand. —

In rascher Folge werden die Häfen Loanda, Walfischbai und Süderigbucht berührt. Die beiden letzten Häfen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika. Ueber Loanda ist wenig zu sagen. Einer jener typischen afrikanischen Hafenstädte. Eine noch sehr junge Pier, blickten Eisenbahn, die unvermeidlichen Tanks, Gel usw., ein paar massive Häuser, das übrige Holzschuppen und Weißblechbuden. Alles primitiv und im Werden begriffen.

Walfischbai ist hingegen schon ein wichtiger Hafenplatz. Riesige Häuser zum Einfrieren des Fleisches, das aus dem Innern des Landes kommt. Weiter die ausgedehnten Walfischtranckochereien. Das ganze Unternehmen liegt in dänischen Händen. In Walfischbai erleben wir den ersten Sandsturm. Klar war die Luft bei der Einfahrt in den Hafen. Wir lagen geraume Zeit, als die Gegend sich begann einzunehmen, wie wir dachten. In Wirklichkeit war es unendlich feiner Staub, der aus dem Innern hergetrieben wurde. Es war unmöglich, sich vor diesem lästigen Sandstaub zu schützen; durch die feinsten Ritzen kam er hindurch, auch noch so fest geschlossene Fenster waren nicht imstande, diesem Staub das Durchdringen zu verwehren. Ueberall lag eine glitzernde Schicht des Wüstenstaubes, er knirschte zwischen den Zähnen, drang in die Atemwege, alles wurde regelrecht gepudert. Es war alles andere als angenehm. Nach zwei bis drei Stunden verzog sich der Sand und klar in zitternder Hitze lag das Land wieder vor uns.

Süderigbucht — 1883 — von dem Bremer Kaufmann Süderig erworben, der Ausgangspunkt des Gebietes des früheren

Deutsch-Südwestafrika. Nackte, wüßtige Felsen umrahmen in eintönigem Grau die Bucht. Guano — Nistplätze der Vögel, die alles bekleckern, was ihnen in Greifnähe kommt. Eine Insel — nur klein — der Ansiedlung vorgelagert — die Toteninsel, schaurig der Name, schaurig der Ursprung dieses Namens. In einem der unzähligen Kolonialkämpfe hatte sich ein Trupp Eingeborener auf diese Insel geflüchtet — man machte ihnen die Rückkehr unmöglich — man hat sie kaltblütig verschmachten lassen. — C'est la guerre! (So ist der Krieg!)

Ein weiteres Denkmal jener Kämpfe bildet ein kleiner Friedhof, der mutterseelenallein auf einem sanft ansteigenden sandigen Plateau liegt. Stumme Opfer ewiger menschlicher Gier schlafen sie den Schlaf der Ewigkeit. — Nirgendwo ein grünes Blatt. — Man weiß, wo der Salpeter wächst, da wächst nichts anderes. Die Stadt hat keinen eigenen Brunnen, sondern bekommt ihr Wasser Tag für Tag mit der Eisenbahn aus dem Innern. Die reichen Diamantenfelder üben ihre nie versiegende Anziehungskraft auf die Menschen aus bzw. auf die Gier nach Geld und Reichthum. Die Eigenart des Klimas bringt es mit sich, daß Europäer nach etwa 5 Jahren wieder in die Heimat zurückkehren müssen.

Weiter südlich geht die Fahrt. Als Abwechslung der Meerfauna treten rudelweise Seevögel auf. Spielend tummeln sie sich im Wasser, das dunkelbraune Fell glänzt in der Sonne. In geringer Entfernung vom Schiff verharren sie glözend eine Weile, um blitzschnell im Wasser zu verschwinden. (Sie scheinen mit Menschen keine guten Erfahrungen gemacht zu haben.)

In der Ferne taucht ein mächtiges Bergmassiv auf; das Wahrzeichen von Kapstadt kommt in Sicht: der Tafelberg. Flankiert von hohen Gipfeln, von denen der „divis peak“ durch seine interessante kegelförmige Gestalt auffällt, erhebt sich der Tafelberg 1065 Meter über dem Meeresspiegel. Es ist ein unvergleichlich grandioses Bild. Man hat den Eindruck einer ungeheuren Naturkatastrophe, einer Erdsenkung, die in ihrer Eigenart wohl einzig dasteht. Kapstadt selbst, eine der schönstegelegenen Städte der Welt, vereinigt in sich alles, was man von einer modernen Stadt verlangt: einen bemerkenswerten botanischen Garten, eine wundervolle beach, ungezählte Denkmäler, monumentale, öffentliche Gebäude, Museen, Parlament, Straßenbahn, elektrische Schnellbahn.

Unglaublich schmutzige Elendsquartiere sind in der Hafengegend — kostbare Villenviertel direkt am Fuße des „table-mountain“. Gegenüber, wie man sie von einer modernen Stadt verlangt. Das Klima mutet europäisch an — wie man überhaupt in den höher gelegenen Gegenden ein Klima hat, das in Europa dem Klima der Schweiz gleicht — also die denkbar besten Luftverhältnisse. Im übrigen ist Kapstadt das Sammelbecken, wo aller Dreck Afrikas zusammenströmt. Hautfarben aller Schattierungen begegnet man hier, nicht zuletzt manchem Weißen, der in Europa Schiffbruch erlitten hat und nun hier versucht, unbekannt sich wieder hochzurappeln. Und hier in Kapstadt war es, wo es mir auffiel, daß der weiße Mann vor dem Schwarzen nicht viel voraus hat. In Bergwerken, beim Straßenbau, bei den Hafenarbeiten, überall arbeitet der Weiße neben dem Schwarzen. Kuli neben Kuli — ohne Rücksicht auf kulturelle Unterschiede. — Ja, verschiedenfach ist sogar der Schwarze der Vorgesetzte des Weißen.

An vielen Hafenplätzen Afrikas — sowohl an der West- wie an der Ostküste — habe ich die Beobachtung gemacht, daß Schwarze, denen man Posten als Aufseher gegeben hatte, bei den Löff- und Ladearbeiten in den Häfen mit einer kaum glaublichen Zuverlässigkeit behandelt wurden. Abgesehen davon, daß sie von weißen Stewards bedient wurden, hatte man ihnen nahegelegt, sich bei der geringsten Unregelmäßigkeit bzw. Nachlässigkeit seitens der Bedienung bei der zuständigen Agentur zu beschweren — und der Schwarze bekam unter allen Umständen recht. Wer also als Weißer bis jetzt der Meinung war, daß die Neger samt und sonders „Mistviecher“ sind und auch als solche behandelt werden dürfen, der mag sich eines anderen belehren lassen durch die obige Feststellung. Objektiv will ich aber zugeben, daß jene angeführten Schwarzen intelligente Jungens waren, die außer in ihrer Muttersprache sich in drei bis vier anderen Sprachen verständlich machen konnten.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Optimisten an die Front!

Was soll der Ruf? Kommt darin nicht ein gewisses Gefühl der Niedergeschlagenheit, ein Aufrasten aller noch zur Verfügung stehenden Kräfte zum Ausdruck? Es ist schon so, daß durch die wirtschaftliche Depression, mit all ihren Folgen wie Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsabbau, und nun noch die Brüning'sche Notverordnung sich eine Niedergeschlagenheit bemerkbar macht, die vielleicht zum Verhängnis für die deutsche Arbeiterbewegung werden kann.

Mit der fortschreitenden Einengung des Lebensraumes geht Hand in Hand eine Radikalisierung der Kollegen. Vielsach werden in oft unüberlegter Weise Handlungen von den Funktionären und der Organisation verlangt, die bei den gegebenen Verhältnissen sich nur zum Schaden für die Kollegen auswirken können. Radikalismus, vernünftig angewandt und in die richtigen Bahnen gelenkt, ist gut und gereicht der Kollegenschaft zum Vorteil. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Gewerkschaften und ihre parlamentarische Vertretung, die SPD, radikaler in der Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind, als unsere Brüder von links, die RGO. und KPD., mit ihren oft unüberlegt angewandten „radikalen“ Methoden. Nicht umsonst werden Sozialdemokratie und Gewerkschaften in parlamentarischen und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in heftigster Weise heruntergerissen und begeißelt. — Wenn das so ist, soll man nicht wankel- und kleinstützig werden und ausgerechnet bei den Verbandsbeiträgen anfangen als Ausgleich für das verminderte Einkommen. Der ganze Kampf um die Erhaltung des Lebensstandards ist heute mehr denn je eine Angelegenheit der Nerven geworden. Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man sagt, gerade durch den fortgesetzten Sturm des Unternehmertums auf die Lebenslage breiterer Schichten sollen diese müde gemacht werden, damit sie dann in ihrer oft bis an die Verzweiflung grenzenden Gemütsverfassung Schritte unternehmen, die sie bei ruhiger Ueberlegung nicht gemacht hätten. Die Zermürbung der Gewerkschaften ist das Ziel der Reaktion.

Nicht nur in Zeiten erfolgreichen Wirkens der Gewerkschaften Mitglied sein, sondern erst recht in Zeiten wirtschaftlicher, sozialer und politischer Reaktion gilt es, der Idee der deutschen Arbeiterbewegung Treue zu bewahren, um so die schicksalhafte Verbundenheit des einzelnen mit der Organisation zu dokumentieren.

Es ist gewiß schwer, in der jetzigen Zeit Optimismus zu bewahren. Der wirtschaftliche, politische und kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiter ist noch nie gleichmäßig vorstatten gegangen. Erfolge wechselten mit Rückschlägen. Im Ganzen gesehen ist aber ein Aufstieg unbedingt anzuerkennen. Auch heute sind die Gewerkschaften trotz ihrer Defensivstellung staatspolitisch gesehen ein Machtfaktor, den die Regierungen nicht außer acht lassen können. Was wäre wohl eingetreten, wenn wir nicht die Gewerkschaften hätten als Schutzwall gegen die Reaktion? Trotz aller Hemmnisse und Widerwärtigkeiten gilt es, nicht den Blick für die große Linie zu verlieren, die unzweifelhaft aus der Geschichte der Arbeiterbewegung hervorgeht.

Deswegen kann man wohl mit Recht ein wenig mehr Optimismus verlangen, auch von den Kollegen, die anfangen, das Vertrauen zur Organisation zu verlieren. Sie sind die ersten Opfer der Zermürbungstaktik des Unternehmertums, ihre Nerven

halten den Erfordernissen der Zeit nicht mehr stand. Lest die Verbandspresse, auch zwischen den Zeilen, dann brauchen Fragen, wie sie eingangs erwähnt wurden, nicht beantwortet zu werden. Die Losung muß sein: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.“
G. Hüge, Altona.

Normung der Gehälter

Kollege Knippenberg antwortet mir in Nr. 19 der „Gewerkschaft“: Kein Zehn-Stufen-Lohngefeß, sondern schärfsten Kampf dem Kapitalismus! Daß es nicht ohne Kampf erreicht wird, ist klar. Unsere Kämpfe galten immer erst der Verbesserung der finanziellen und dann der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Der

Tarif ist Mindestlohn, aber soll es nicht gehen, auch einen Maximallohn einzuführen mit Einreihung aller nach einer bestimmten Norm? Hätte Kollege K. sich der Mühe unterzogen und an Hand der Lohnsumme und Belegschaftszahl nach meinem Vorschlag die Quote errechnet, konnte es ihr nicht entgehen, daß die unteren Stufen stark aufgebessert werden. — Die Massen können es nicht verstehen, daß jetzt für die 40-Stunden-Woche gekämpft werden soll, ohne daß ihnen ein Lohnausgleich gewährt werden soll. Außerdem haben die Unternehmer den Vorteil, daß auch keine Neueinstellungen erfolgen. Die Massen werden es aber verstehen, wenn Gewerkschaft und Partei einen Lohnkampf führen, der eine grundsätzliche Aenderung zum Ziel hat. Dann werden auch Partei und Gewerkschaft quantitativ wachsen. Unsere arbeitslosen Brüder haben jetzt den Ein-Stunden-Tag, wenn sie stempeln gehen, und sind zum Hungern verurteilt. Wie lange sollen und können wir noch mit ansehen, daß sie in ihrer Verzweiflung den Kopf verlieren und im Zuchthaus oder durch

Wer hilft den Faschisten?

Die KPD. hat am 21. Juli 1931 der preußischen Staatsregierung ein Ultimatum gestellt, in der sie eine Reihe Forderungen aufstellt, die zum Teil nur von der Reichsregierung erfüllt werden können. (So: Außerkräftsetzung der Notverordnungen.) — Die KPD. hat mit Absicht unerfüllbare Forderungen aufgestellt, denn nun „übernimmt die Kommunistische Partei die Führung des Volksentscheids“, der am 9. August unter der Parole stattfindet: „Der Landtag ist aufzulösen!“ („Rote Fahne“ Nr. 145 vom 22. Juli 1931) und fordert auf „Heraus zum Volksentscheid!“ (des Stahlhelms und der Nazis).

Vor keinen zwei Monaten, am 14. und 15. Mai, hat Thälmann in Moskau auf der Plenarsitzung des Exekutivkomitees der KPD. erklärt, daß das Ausschneiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung „die Verschärfung der Faschisierung bildete“ („Rote Fahne“ vom 5. Juni 1931) und er fuhr fort:

„Triff es zu, daß in sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus (!) Auffassungen bestehen, wonach die Preußenregierung besser als die Brüningregierung sei? Wenn das stimmt, dann müssen wir besonders ernsthaft die Feststellung treffen, daß zu der Zeit des Stahlhelmvolksbegehrens unsere Partei nicht ihre Pflicht getan hat. Hätte sie in der Linie unseres Aufrufs zur Volksaktion gegen Preußenregierung, Brüningdiktatur und Faschismus klar und offensiv gekämpft, hätte sie dann nicht verhindern können, daß das Volksbegehren erfolgreich war? Aber wir waren in dieser Kampagne nicht aktiv genug.“

Es ist also nicht Fahrlässigkeit, die Kommunisten wissen, daß eine Stahlhelmregierung einen Sieg des Faschismus bedeuten würde.

Freitod enden? Deshalb muß es heißen: Erst Lohngefeß und dann Sozialgefeß.

Die Nazis wollen keine Gewerkschaft und haben auch kein Gewerkschaftsprogramm. Die Kozis sind für einen solchen Gedanken nicht zu haben, da auch in Rußland die oberen Schichten verdienen. Für uns aber, die wir die sozialistische Gesellschaftsform erstreben, ist der Weg frei. Es ist ein kleiner Anfang der uns so oft versprochenen Sozialisierung. Leider ist es schon so, daß viele Kollegen die Gewerkschaft jetzt als Unterstützungsverein ansehen, ihre ihnen statutengemäß zustehende Unterstützung abholen und dann auf die Gewerkschaft schimpfen.

Den Young-Plan hier in die Debatte zu werfen, ist absurd. Natürlich wollen wir alle Kraft daransetzen, eine Aenderung oder Beseitigung zu erreichen, bis dahin aber müssen die drückenden Lasten vom ganzen Volk gemeinsam, entsprechend der finanziellen Stärke getragen werden. Tiefstes Mitgefühl mit unseren arbeitslosen Brüdern und begangene Fehler (Spaltung) sollten uns Ansporn sein, aus dieser Lethargie herauszukommen, die Laueheit abzuschleifen und den Unternehmern mit derselben Brutalität entgegenzutreten.

Mit einzelnen Streiks ist nichts mehr getan, es muß eine grundsätzliche Aenderung erfolgen.

Haben wir ein Lohngefeß, so dürfen wir nicht stumpf werden, ein neuer Kampf hebt dann an für das Sozialgefeß, das uns bringen muß: Gesetzliche Urlaubsregelung, Streichung überhöhter Pensionen (hier wird der Staat zum Unterstützungsverein). Dafür aber Ausbau der Invaliden- und Altersversicherung mit Herabsetzung der Altersgrenze.
K. H a a k e, Charlottenburg.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Eine Garantie- und Akzeptbank, mit einem Kapital von 200 Millionen Mark ist am 25. Juli 1931 gegründet worden. Ihr Zweck ist, die Industrie wieder mit Krediten zu versorgen und die Danat-Bank in den Zahlungsverkehr einzuführen. Gründer der Bank sind: die Reichsbank, die Goldkreditbank, Preussische Staatsbank (Seehandlung), Deutsche Rentenbankkreditanstalt und eine Anzahl weiterer Privatbanken.

Die Deckung der Reichsbanknoten liegt nach dem Reichsbankausweis vom 23. Juli von 35,8 Proz. (am 15. Juli) auf 36,1 Proz.

Gehaltszahlung in zwei Raten. Eine Notverordnung vom 21. Juli läßt zu, daß das Augustgehalt der Beamten, Angestellten und Ruhegehaltsempfänger in zwei Raten am 1. und 10. August bezahlt werden kann.

Die KPD. für den Stahlhelmvolksentscheid zur Auflösung des Landtags. Die „Note Fahne“ vom 22. Juli verkündete die Forderungen an die preussische Regierung, wovon die ersten drei nicht die preussische, sondern die Reichsregierung zuständig ist. Die vierte verlangt Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes. Die KPD. stellte hierbei der preussischen Regierung das Ultimatum, entweder diese Forderungen zu bewilligen oder die KPD. werde sich an dem Volksentscheid über Auflösung des Landtags beteiligen. Die Regierung ist auf die Forderungen der KPD. nicht eingegangen. Deshalb macht diese nun Propaganda für den Stahlhelm-Nazi-Volksentscheid.

Dreizehn ehemalige Offiziere und Führer der nationalistischen Verbände sind zur KPD. übergetreten. Darunter befindet sich der Volkswissenschaftler von Riga, Graf Stenbock-Fermor. — Die rechtskommunistische „Arbeiterpolitik“ weist nach, daß der kürzlich zur KPD. übergetretene Kapitulant Scheringer durchaus Nazi-anhänger und Antifemist geblieben ist.

3 956 000 Arbeitslose wurden am 15. Juli festgestellt. Der Rückgang seit dem 30. Juni betrug nur noch 6000.

Die Londoner Konferenz ging am 23. Juli zu Ende. Ergebnis siehe im heutigen Leitartikel.

Erleichterung des Zahlungsverkehrs wurde durch Verordnung vom 24. Juli für die Zeit vom 14. bis 28. Juli zugelassen. Auf Sparfassenkonten konnten bis zu 30 Mk., bei Bankguthaben bis zu 200 Mk. abgeboben werden. Bei Wechselverbindungen durften täglich bis zu 5000 Mk. abgeboben werden.

Die österreichische Nationalbank hat ab 23. Juli den Diskontsatz von 7½ auf 10 Proz. erhöht.

Ein sozialistischer-kommunistischer Putsch tobte mehrere Tage in Sevilla. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit Militär und Polizei, wobei es viele Tote, Verwundete und Verhaftete gab.

Aus unserer Bewegung

Dresden. In der Generalversammlung am 16. Juli gab Kollege Rose den Geschäftsbericht. Wir schlossen mit einem Mitgliederbestand von 22 654 ab. Die Unternehmer versuchten natürlich, die Situation auszunutzen und verlangten Lohnabbau und sonstige Verschlechterungen in den bestehenden Tarifverträgen. 18 Lohnbewegungen für 466 Betriebe mit 9234 Beteiligten wurden geführt. 35 Lohn- und Tarifverhandlungen haben stattgefunden. In 73 Fällen mußte mit Behörden, und in diversen Streitfällen mit Arbeitgebern 90mal für 41 Betriebe mit 10 471 Beteiligten verhandelt werden. Außerordentlich vermehrt hat sich die Zahl der Vertretungen vor den Gerichten und Schiedsinstanzen. So fanden vor dem Landesarbeitsgericht 5, vor dem Arbeitsgericht 136, vor dem Amtsgericht 30, vor dem Schlichtungsausschuß 2 und vor dem Spruchauschuß beim Arbeitsamt 17 Vertretungen statt. Die vor den Gerichten erstrittene Geldsumme beträgt 6630,78 Mk. In Arbeiterversicherungs- und Rechtsfragen konnte in 1708 Fällen Auskunft erteilt werden. In Straffachen wurden 49 Anträge gestellt. Die Rechtschutz- (Anwalts-) Kosten betragen hierfür 2676,17 Mk. In den weitaus meisten Fällen gelang es, die „Sünder“ bei den Gerichtsverhandlungen freizubekommen. Ein Beweis, daß auch in diesen Fällen die Organisation sehr von Nutzen ist. Auch das Bildungs-wesen ist nicht vernachlässigt worden. Ein Drei-Tage-Kursus hat für unsere Mitglieder stattgefunden. Kollege Rose ging dann weiter auf die beschlossenen Sparmassnahmen innerhalb der Ortsverwaltung ein, die dazu dienen sollen, die Organisation schlagkräftig zu erhalten. — Aus dem vom Kollegen Heider vorgetragenen Kassenbericht ist zu ersehen, daß einer Einnahme von 228 426,95 Mk. eine Ausgabe von 237 114,06 Mk. gegenübersteht. Der Vermögensbestand beträgt 143 631,42 Mk. An Hauptunterstützungen wurden verausgabt: Arbeitslosenunterstützung 13 263,90 Mk., Krankenunterstützung 16 029,65 Mk., Todesfallunterstützung 5258 Mk., In-

validenunterstützung 10 062,40 Mk., Streikunterstützung 6061,53 Mk., Rechtschutzunterstützung 2676,17 Mk., Notfallunterstützung 1065 Mk., Bildungsausgaben 2310,42 Mk. — Nach Beantwortung einiger Anfragen berichtete Kollege Kurpat über unseren Kampf gegen die Notverordnung. Zum Gewerkschaftskongreß nach Frankfurt a. M. wurden einstimmig die Kollegen Kurpat und Sängelaub auf Vorschlag der Ortsverwaltung gewählt.

Merseburg. In der stark besuchten Versammlung am 17. Juli 1931 wurden zwei interessante Filme von der Volksfürsorge und einer über den Konsum- und genossenschaftlichen Aufbau vorgeführt. Beide Filme fanden den großen Beifall der Mitgliedschaft, ebenso die Worte des Kollegen Ferchlandt von der Ortsgruppenverwaltung Halle a. S. Die Versammlung zeigte, daß der Gesamtverband in Merseburg trotz aller Wirtschaftsnöte geschlossen dasteht und sich als eine feste Gemeinschaft zur Abwehr aller Angriffe erwiesen hat, die das Vertrauen der Mitgliedschaft besitzt.

Osnabrück. In der Delegiertenversammlung am 19. Juli referierte Kollege Weinauge, Berlin, über die Unterstützungs-einrichtungen der Gewerkschaften im allgemeinen und unseres Gesamt-Verbandes im besonderen. Außerdem nahm die Versammlung noch geschäftliche Mitteilungen der Ortsverwaltung durch Kollegen Bolwin entgegen. Die Ortsgruppe hat ihren Mitglieder- und Kassenbestand behauptet.

Internationale Rundschau

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte nach seiner Sitzverlegung nach Berlin am 21. Juli 1931 zum ersten Male in der deutschen Reichshauptstadt. Es war gewissermaßen eine Einweihungsfeierlichkeit. Citrine, der Vorsitzende des IGB., hielt die Begrüßungsansprache. Als Gäste nahmen von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Parteivorsitzende Weils und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Dr. Breitfeld, teil. Die Vorstandssitzung faßte eine Reihe bedeutungsvoller Entschlüsse. Es wurde eine Entschließung und ein Aktionsprogramm zur internationalen Abrüstung ausgearbeitet, die zunächst der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dann dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Wien zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Es sind darin große internationale Meetings in allen Ländern vorgesehen, die gemeinsam von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien veranstaltet werden. Es soll in allen Ländern ein Petitionssturm entfacht werden, um auf die Regierungen und die Abrüstungskommission des Völkerbundes einzuwirken. — Weiter wurde beschlossen, die Sommerschule des IGB. in diesem Jahre in Oxford abzuhalten, und zwar vom 23. bis 29. August im Ruskin College. Ferner ist beschlossen worden, im nächsten Jahre die Studienreise nach dem Fernen Osten, und zwar nach Japan, China und Indien vorzunehmen. An den Verhandlungen des Vorstandes des IGB. nahmen zu diesem Punkte auch Vertreter der japanischen Gewerkschaften teil, die diese Reise dort vorbereiten sollen. Schließlich wurde die Lage der Gewerkschaften in den Balkanländern eingehend besprochen und beschlossen, daß der Generalsekretär Schevenels Mitte September nach Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und dann nach Ägypten fahren soll, um die dort bestehenden Zwistigkeiten zu beheben. — Nachdem der Vorstand die Anfragen verschiedener Länder Südamerikas wegen des Anschlusses an den IGB. zur Kenntnis genommen hatte, wurde das Sekretariat beauftragt, die Verhandlungen mit diesen Organisationen weiterzuführen und dabei ihren Wünschen so weit wie möglich entgegenzukommen. Es sollen auch Verhandlungen angebahnt werden mit den übrigen südamerikanischen Gewerkschaften, damit der Einfluß des IGB. auch dort gefördert wird. — Schevenels berichtete dann über die Tagung des Internationalen Arbeiterinnenkomitees, (ein Unterausschuß des IGB.) in Lausanne. Der Vorstand des IGB. beschloß hierzu eine allgemeine Arbeiterinnenkonferenz im Jahre 1933 in Brüssel im Zusammenhang mit dem Internationalen Gewerkschaftskongreß abzuhalten. — Der Vorstand des IGB. beschloß ferner die Unterstützung verschiedener Landeszentralen, die sich in finanziell schwieriger Lage befinden und infolgedessen in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit stark gehemmt sind. Ebenso wurden in der Sitzung die Delegationen bestimmt für die Kongresse, zu denen der IGB. in der nächsten Zeit eingeladen ist — Eine eingehende Diskussion über die kritische Wirtschaftslage in Deutschland und den übrigen Ländern fand ihren Niederschlag in einer Kundgebung, die wir an anderer Stelle veröffentlichen. — Die nächste Vorstandssitzung des IGB. wird am 27. und 28. Oktober d. J. in Berlin abgehalten.

RUNDSCHAU

Unser Tarifsekretär Kollege Paul Schulz am 1. August 25 Jahre Verbandsangestellter. Es ist nicht ganz leicht, all die Berufe aufzuzählen, in denen unser Jubilar vor seiner Verbandsanstellung tätig war. Sein Kernberuf als Schu h m a c h e r hatte um die 90er Jahre schon keinen „goldenen Boden“ mehr. So ging unser Paul in die Gasfabrik, war zeitweilig kaufmännischer Angestellter und landete zu guter Letzt in der Berliner Stra ß e n r e i n i g u n g. Hier nahm er sehr bald den Kampf mit dem „blauen“ Hirsch-Dünkerschen Verein auf, der damals recht schwierige Unterstützung der Direktion sich sogar einen jungen Trommler- und Pfeiferchor heranzüchtete. Als Obmann des Arbeiter-Ausschusses hat er dem Direktor Nobiling so manchesmal mit seiner sachkundigen und scharfen Kritik gedient. Und dann begann Anfang August 1906 sein Wirken in der Ortsverwaltung Berlin als Agitationsleiter für die Straßenreiniger, die mittlerweile in stattlicher Zahl im alten Gemeindearbeiter-Verband vereinigt waren. Hinzukam bald die damals recht schwierige Gruppe der Gasarbeiter, dann das Gesundheitswesen und daneben betreute er noch mit einer Kommission die Verbandsbibliothek, deren eifrigster Leser er wohl selber war. Auf dem Verbandstag in Nürnberg 1919 wurde Paul Schulz in den Verbandsvorstand des „Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes“ gewählt. Bald übernahm er die Leitung der Reichssektion „Gesundheitswesen“ in einer Zeit, da sich in dieser Gruppe die entscheidendsten Umwälzungen vollzogen. Aus 12- bis 15tündiger regelmäßiger Arbeitszeit und fürchterlicher Unfreiheit im Anstaltswesen führte nun der gesetzliche Achtstundentag in die Freiheit. Zwar ging durch die Arbeitszeitverordnung für das Krankenpflegepersonal 1923/24 manches wieder verloren. Aber der glanzvolle Aufstieg dieser Verbandsgruppe seit der grundlegenden Jenaer Konferenz im November 1919 war doch nicht mehr zurückzuhalten. 1921/22 kamen die neuen gesetzlichen Prüfungsvorschriften, die endlich auch diesem Beruf neue Entwicklungsmöglichkeiten und (vielfach durch Tarifvertrag) die Anerkennung als Angestellte brachten. Diese Epoche erforderte außerordentlich viel Arbeitskraft, Takt und Geschick, und die hat Paul Schulz bewiesen. Er hatte dabei das Glück, in seiner Sekretärin Marie Friedrich (Schulz) eine tüchtige Mitarbeiterin zu finden, die sich ebenfalls vielerlei bleibende Verdienste um die Reichssektion erworben hat. Heute ist sie als seine Gattin nur noch ehrenamtlich für unseren Verband tätig.

Ebenso entscheidend wie in der Reichssektion hat Kollege Paul Schulz die Entwicklung des Tarifwesens im Gemeindearbeiter-Verband beeinflusst. Seine Auseinandersetzungen im Zentralausschuß mit dem Arbeitgeber-Syndizi waren manchmal geradezu faszinierend in ihrer Durchschlagskraft. Daneben leitete er noch die Verbandsstatistik und die Rechtsabteilung.

Nun ist seine unverwundliche Arbeitskraft eingespannt im Rahmen des Gesamt-Verbandes als Tarifsekretär. Aber er ist auch hier wie immer ein ganzer Verbandsmann, der sich in alle schwebenden Verbandsfragen mit Eifer, Sachkunde und Fleiß vertieft und — immer neue Anregungen gibt.

Paul Schulz hat als Mensch eine etwas „rauhes Schale“, zumal wenn er sein geliebtes Berlinerisch spricht. Wer aber auf den Grund seines Wesens blickt, findet bei ihm soviel Kollegialität und verständnisvolle Schlichtheit, wie es wenigen Menschen gegeben ist. Möge ihm vergönnt sein zu erleben, daß wir diese trüben Zeiten des systematischen Abbaus der Löhne und der Sozialpolitik bald überwinden. Denn damit können wir am besten und in seinem Sinne den Jubilar beglückwünschen. D.

Urlaub und Erholung — trotz alledem! Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es für uns als Arbeitnehmer zweckmäßig, Urlaub in landschaftlich reizvollen Gegenden zu verbringen, es gilt Erholung zu finden. Wir sind als Arbeitnehmer auf das Wohlbefinden, auf die Gesundheit unseres Körpers in unserer Existenz angewiesen, unsere Arbeitskraft ist unser wertvollstes Gut. Pflegen wir deshalb, soweit die sozialen Verhältnisse es zulassen, unsere Gesundheit. Deshalb ist es unerlässlich, während des Urlaubs die Städte zu fliehen und Aufenthalt in die Gesundheit fördernden Gegenden zu nehmen. Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, und die Ferienheim-Genossenschaft „Naturfreunde“, e. G. m. b. H., Sitz Jena, Marienstraße 4, haben im Thüringer Wald, Erzgebirge, Dogland, im märkischen Seengebiet, in der Heide Ferienheime, die geschaffen sind eigens zu dem Zweck, zu für den Arbeitnehmer bedachten Entgelten während des Urlaubs angenehme Heimstätte zu sein. Die Penfionspreise betragen 3,50 bis 5,— Mk. pro Tag und Person und richten sich je nach der Ausstattung des Heims.

Die Rechnung der Septemberwahlen

Die Rechnung für die Nazi-Wahlen Wird nun dem Volke aufgezehrt — Wir alle dürfen ihn bezahlen, Den Unfug, den man da gewählt! Sie schwärmten uns vom Paradiese, Doch eins hat Hitler nicht erwägt: Der ganzen Welt Vertrauenskrise, Die unserm Volk entgegengähnt!

Und von besessenen Schlotbaronen Gab es für jede Untat Geld, [Löhnen, Den tapfern Mann muß man be- Der andern in den Rücken fällt! Lagt doch das Vaterland nur wanken, Sie scheffeln Gold aus Deutschlands Fron, Das ist auf sichere Auslandsbanken Zu guten Zinsen längst entlohn!

Laut proßte ihre Staffelmrede Den andern Völkern ins Gesicht, Sie schwuren der Vernunft die Heide, Wenn alles auch zusammenbricht! Sie probten sich in Nachtparaden, Was macht es, wenn das Volk drum Sie spien Haß, zu Deutschlands Stitt, Schaden,

Das immer weiter abwärts glitt! Jetzt plötzlich sehen sie mit Schreden, So anders kam's, als sie gedacht: Fehlspekuliert, ein schaurig Beden, Als Danaos und Lakonien fracht! Jetzt plötzlich werden alle schüchtern, Sie appellieren an die Welt — Der Raufsch verfloß, sie werden nüchtern, Denn jetzt geht es ums liebe Geld!

Grefo.

RUNDFUNK

Dorfschau auf das Augustprogramm der Deutschen Welle. Aus der Gruppe der staatsbürgerlichen Vorträge ist eine Reihe von Dr. Karl Würzburger und Josef Buntz hervorzuheben, die „Literarische Porträts politischer Köpfe“ vermittelt (am 4., 11., 18. und 25.). Nach Biographien werden hier Charakterbilder berühmter Politiker aufgezeigt, von Diktatoren, wie Lenin und Mussolini, von Staatsmännern, die wir als „Die Europäer“ bezeichnen wollen, wie Stresemann und Briand, dann von jenen, die abseits des heutigen politischen Lebens stehen, wie Trozki und Giolitti, und schließlich von den großen politischen Reformatoren, wie Gandhi und Sunyatsen. In vier Vorträgen (am 4., 12., 18. und 25.) gibt Landtagsabgeordneter Dr. Schwering einen Überblick über die großen politischen Parteien, wie sie in der Karikatur dargestellt sind. Ueber die Erinnerungen des Fürsten Hohenzollern spricht am 13. Ministerialrat Professor Windelband. Der Dichter Hans Kyser schildert am 23. das Leben und Werk von Gneisenau. Es sei ferner noch auf zwei interessante Vorträge hingewiesen, die die Luftfahrt betreffen; am 13. spricht Hauptmann a. D. Willt Meyer über „Die Luftfrühtungen der Welt“ und am 27. Freiherr von Bülow über „Die Luftpolitik der großen Staaten“. — Naturgemäß nehmen auch im August die Vorträge im Reisesfunk einen breiten Raum ein. Kurt Hoegel schildert am 15., 21. und 29. die Schönheiten einer Fahrt durch die Westmark, Pastor Brüggemann spricht am 9. über eine Wanderung durch die Lüneburger Heide. — Im Rahmen der technischen Vorträge befassen sich zwei Darbietungen mit dem Gebiete des Films: Core Stein spricht am 24. und 31. über das Thema „Wie ein Film entsteht“ und Oberingenieur Zippel am 24. über „Tonfilm für Amateure“. Chefredakteur Rudolf Jonas vermittelt kleine technische Plaudereien am 7. und 14. unter dem Titel „Technische Seifenblasen“; am 25. spricht Fritz Kaulvers über „Rundfunk in Japan“. — Die Vorträge im Frauenfunk der Deutschen Welle bringen am 18. und 25. eine Schilderung der Frau in Frankreich von Felix Stössinger, am 8. eine Schilderung von Erna Arnhold über „Mohamedanisches Frauenleben“. Reinhold Walter spricht am 3. über das Thema „Das Eheproblem in der Sowjetunion“. Dr. Gertrud Haupt behandelt am 13. und 20. das Problem „Die Frau in der Wirtschaftskrise“; Else Steup gibt am 6. und 29. Anregungen über gegenseitige Hilfe in der Frauenwelt. Das gleiche Ziel verfolgt auch der Vortrag von Carola Herfel „Jugend hilft der Jugend“ in der Jungmädchenstunde am 21. — Im Volkswirtschaftsfunk beleuchten drei Vorträge das Bild der deutschen Krise. Staatssekretär a. D. Professor August Müller spricht am 4. über die Besonderheit des deutschen Krisenbildes, Oberregierungsrat Dr. Adametz am 11. über „Sparpolitik, ein Weg aus der Krise“ und Oberregierungsrat Dr. Lautenbach am 18. über „Soziale Krisenfolgen und Sparnotwendigkeiten“. — Im Beamtenfunk berichtet am 19. Ministerialrat a. D. Falkenberg über den Stand der internationalen Beamtenbewegung. — Im Arbeiterfunk wird im August (jeweils Freitags) in vier Vorträgen das Thema „Gesellschaftsleben der Arbeiter“ behandelt werden. — Im Jugendfunk beginnt am 1. eine neue Baustelle für Jungen, die sich mit der Anleitung zum Bau elektrischen Spielzeugs befaßt; sie wird regelmäßig Sonntags von Diplomingenieur Hans Rosenberger abgehalten. In der Stunde für die reisereife Jugend legt Regierungsrat Max Hartack seine Vortragsreihe „Große Männer aus eigener Kraft“ am 10. mit einem Vortrag über Ebert fort. — Zum Schluß sei noch auf zwei Vorträge aufmerksam gemacht: Dr. Artur Leffson spricht am 28. über „Goethes letzten Geburtstag“ und Karl Meißner am 25. über „Goethe in heiteren Stunden“.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelstr. 42
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schleißische Straße 42